

Tendenzen der Wirtschafts- entwicklung 2006/2007

Weltwirtschaft bleibt auf Wachstumskurs

Arbeitskreis
Konjunktur
asteinherr@diw.de

Die weltwirtschaftliche Erholung hat an Breite gewonnen. Weiter kräftig ist das Wirtschaftswachstum in den USA, China und Indien; in Japan nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im letzten Jahr beschleunigt zu. Und auch in Europa haben sich Nachfrage und Produktion merklich belebt (Tabelle 1).

Globale Ungleichgewichte bestehen jedoch weiterhin. Das Leistungsbilanzdefizit der USA hat zugenommen (Kasten 1). Dies kann mittelfristig zu einer deutlichen Aufwertung des Euro führen. Dazu trägt auch die steigende Verwendung des Euro als internationale Reservewährung bei.

Zugleich hat die zunehmende Volatilität auf den internationalen Finanzmärkten in letzter Zeit die Unsicherheit der Anleger verstärkt. Die Situation an den Ölmärkten bleibt fragil. Zumindest mittelfristig wird bei unveränderten Preisen die Nachfrage nach Rohölprodukten das Angebot übersteigen, zumal die Schaffung neuer Förderkapazitäten zeitaufwendig ist. Kurzfristig kann es im Zuge politischer Ereignisse immer wieder zu plötzlichen Ölpreisschüben kommen. Auch mehren sich Befürchtungen über einen abrupten Rückgang der Immobilienpreise in einigen Ländern. Hinzu kommt der zunehmend restriktive Kurs der amerikanischen Notenbank.

In den USA wurde das Wirtschaftswachstum bisher hauptsächlich von der Konsum- und Investitionsdynamik gestützt – getragen von starken Einkommens- und Vermögenszuwächsen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bleibt mit einer prognostizierten Rate von 3,7% für 2006 hoch. Die Arbeitslosenquote ist auf etwa 4,5% gesunken und wird auf diesem Niveau verharren. Die Inflation der Verbraucherpreise hat sich infolge höherer Ölpreise nach 3,4% im Jahr 2005 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf 5,2% erhöht (hochgerechnet auf eine Jahresrate). Auch die Kerninflationsrate hat in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich zugenommen.

Die Fed dürfte die Politik der Zinsanhebungen noch fortsetzen. Der Anstieg der Immobilienpreise wird mit den höheren Zinsen abgebremst, die Anregungen für den Konsum und die Investitionen werden schwächer. Von der Finanzpolitik werden in diesem und im nächsten Jahr keine positiven Impulse auf die Nachfrage ausgehen. Damit dürften sich das Wirtschaftswachstum und die Inflationsrate im nächsten Jahr geringfügig verringern.

In Japan wurde die Dynamik sowohl von der lebhaften Inlandsnachfrage als auch vom weiteren Anstieg der Auslandsnachfrage bestimmt. Bei wieder zunehmender Beschäftigung hat sich der private Konsum merklich beschleunigt. Auch die

Nr. 27-28/2006

73. Jahrgang/5. Juli 2006

Inhalt

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung
2006/2007
Seite 393

Kasten 1

Auslandsverschuldung der USA größer als angenommen

Angesichts der Abwertungstendenzen beim US-Dollar und der erwarteten Abkühlung der Konjunktur in den USA gerät die amerikanische Auslandsverschuldung wieder zunehmend in die Diskussion. Dabei wird auf ein bemerkenswertes Phänomen hingewiesen: Während die USA von 1980 bis 2004 Vermögenswerte im Wert von insgesamt 5,5 Billionen US-Dollar (netto) an den Rest der Welt verkaufte, verschlechterte sich ihre Nettoauslandsposition statistisch lediglich um 2,8 Billionen US-Dollar, also um nur etwas mehr als die Hälfte. Demnach wären also rund 2,7 Billionen US-Dollar, zumindest aus den offiziellen Statistiken, „verloren gegangen“.¹ Nur ein kleiner Teil davon, nämlich 10 bis 20% kann durch Wechselkurs- und Preisveränderungen erklärt werden. Demnach scheint der amerikanische Kapitalmarkt ein „schwarzes Loch“ zu sein.

Die statistisch ausgewiesene, relativ geringe Zunahme der US-Verschuldung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass seit Jahrzehnten die Erträge, die US-Inländer aus ihren Anlagen im Ausland erzielen, diejenigen, die Ausländer aus Anlagen in den USA erzielen, übersteigen. Besonders groß ist der Unterschied bei den reinvestierten Gewinnen aus Direktinvestitionen.² Ein wesentlicher Grund für diese Differenz ist allerdings die unterschiedliche Berechnung und der statistische Ausweis der Gewinne. Ausländische Firmen in den USA haben demzufolge auf Grund der relativ hohen Körperschaftsteuern in den USA einen großen Anreiz, ihre US-Gewinne systematisch „klein zu rechnen“. Auf Grund der Steuererhebungspraxis in den USA ist dies bei Direktinvestitionen – im Gegensatz zu Portfolioinvestitionen – möglich. Würde man hingegen die Erträge aus Direktinvestitionen mit dem gleichen Verfahren berechnen wie die aus Portfolioinvestitionen, so wäre das US-Leistungsbilanzdefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt etwa 1 Prozentpunkt höher als das offiziell angegebene.

Ein weiterer Grund für das scheinbare Verschwinden von Kapital liegt in der Art der Erfassung der US-Netto-Auslandsverschuldung in der offiziellen Statistik. Prinzipiell müsste die Netto-Auslandsverschuldung heute der Summe aller früheren Leistungsbilanzsalden entsprechen (von 1980 bis 2004 insgesamt 4,5 Billionen US-Dollar). Dies ist jedoch bei Weitem nicht der Fall. Diese Abweichung ergibt sich aus der unterschiedlichen Datenerhebung: Während die Leistungsbilanzdaten auf den tatsächlichen Zahlungsströmen der Zahlungsbilanz basieren, verlässt sich das Department of Commerce auf Meldungen der amerikanischen Wertpapierverwahrer. Werden also die Wertpapiere eines ausländischen Investors nicht bei diesen verwahrt, so verschwinden die Investitionen im schwarzen Loch der Verschuldungsstatistik.

Da sich die Zahlungsströme besser erfassen lassen als die Bestände der Nettoverschuldung, liegt es nahe, dass die wahre Auslandsverschuldung tatsächlich eher bei mehr als 4 Billionen US-Dollar liegt und somit deutlich höher ist als offiziell bislang angegeben.

¹ Vgl. hierzu D. Gros: Foreign Investment in the US (I): Disappearing in a Black Hole? Research Notes 12. DIW Berlin, 2006.

² Vgl. hierzu D. Gros: Foreign Investment in the US (II): Being Taken to the Cleaners? Research Notes 13. DIW Berlin, 2006.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2005	2006	2007
		2005	2006	2007	2005	2006	2007			
EU 25	41,6	1,7	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	8,5	8,0	7,8
Schweiz	1,1	1,9	1,8	1,9	1,2	1,2	0,9	4,5	3,8	3,5
Norwegen	0,9	2,3	2,8	2,3	1,3	1,4	1,3	4,4	4,2	4,1
West- und Mitteleuropa	43,6	1,7	2,3	2,2	2,1	2,1	2,1	8,4	7,9	7,7
USA	38,5	3,5	3,7	3,2	3,4	3,5	2,7	5,1	4,7	4,7
Japan	14,4	2,6	3,4	2,9	-0,3	0,0	0,3	4,4	4,1	4,0
Kanada	3,4	2,9	3,1	3,1	2,2	2,0	2,0	6,8	6,6	6,4
Industrieländer insgesamt¹	100,0	2,6	3,0	2,7	2,2	2,3	2,1	6,6	6,2	6,1
<i>Nachrichtlich:</i>										
Russland		6,0	5,4	4,3	11,6	10,0	8,0	7,7	5,7	5,8
China		9,9	9,5	9,0	-	-	-	-	-	-

¹ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2005.

Quellen: OECD; Eurostat; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2006 und 2007: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Unternehmensinvestitionen nahmen bei steigenden Gewinnen zu. Die Deflationsphase scheint in Japan nun überwunden zu sein. Dementsprechend hat die Notenbank eine graduelle Anhebung der Leitzinsen angekündigt. Bei anhaltend guter Konjunktur wird die Fiskalpolitik mehr auf die allmähliche Konsolidierung des Staatshaushalts ausgerichtet sein, wobei auch Steuererhöhungen zu erwarten sind. Gleichwohl sind die Auftriebskräfte so robust, dass die vorsichtige Geldpolitik und eine finanzpolitische Konsolidierungsstrategie das Wachstum kaum schwächen.

In *China* war das Wachstum im vergangenen Jahr noch kräftiger als erwartet. Die Außenhandelsüberschüsse sind weiterhin hoch, die Konjunktur wird zunehmend von der Binnennachfrage getrieben. Die starke Ausweitung der Geldmenge, mit der die chinesische Notenbank den Aufwertungsdruck des Yuan zu mindern sucht, bringt mittelfristig ein Inflationsrisiko mit sich. Insgesamt dürfte sich der Wachstumsprozess in China bis 2007 nur wenig verlangsamen.

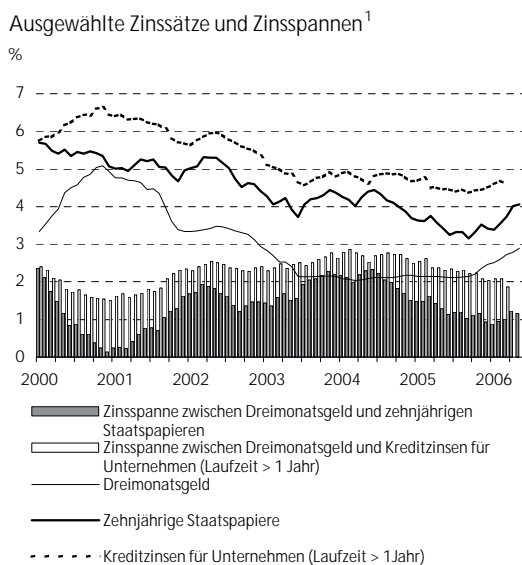
Im *Euroraum* setzt sich die seit der Jahresmitte 2005 verzeichnete robuste Expansion fort. Das Wachstum ist inzwischen zu gleichen Teilen auf die Binnennachfrage und den Außenhandel gestützt. Der private Konsum hat sich deutlich erholt. Gleichzeitig haben auch die Investitionen stärker zugenommen, wenngleich die Zuwachsraten hinter jenen in früheren Zyklen zurückgeblieben sind. Im Euroraum insgesamt fällt die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen deutlich stärker aus als die der Bauinvestitionen. Die Beschäftigung ist gestiegen. Die Arbeitslosenquote lag im April 2006 bei 8 %, im Vergleich zu 8,7 % im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Inflationsrate – gemessen am HVPI – von zuletzt 2,5 % wurde unverändert vom Energiepreisanstieg dominiert (Abbildung 1). Die anderen Komponenten des HVPI haben sich hingegen sehr moderat entwickelt. Die Kerninflation liegt seit mehreren Monaten bei 1,5 %. Von der Lohnentwicklung geht kaum Druck auf die Preise aus; die Lohnstückkosten blieben nahezu unverändert.

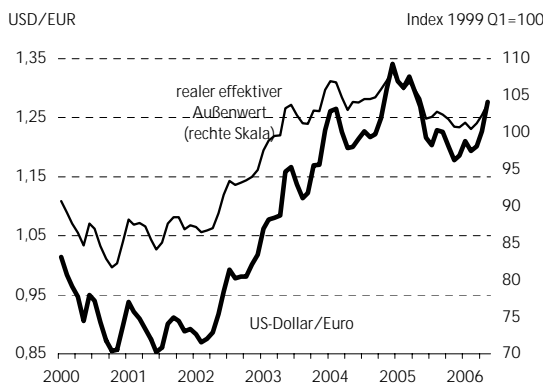
In den letzten zwei Jahren ist die Konsolidierung im Bereich der öffentlichen Haushalte deutlich vorangekommen. Angesichts eines kräftig gestiegenen Defizits in Italien wird dort eine deutlich restriktivere Haushaltspolitik erzwungen. In Deutschland treten zu Beginn des nächsten Jahres erhebliche Steuererhöhungen in Kraft. Insgesamt wird das aggregierte Defizit weiter leicht sinken; dies vor allem wegen der derzeit günstigen konjunkturellen Entwicklung. In Deutschland und Frankreich dürfte die Defizitquote dabei in diesem Jahr unter der im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarten Obergrenze von 3 % liegen.

Abbildung 1

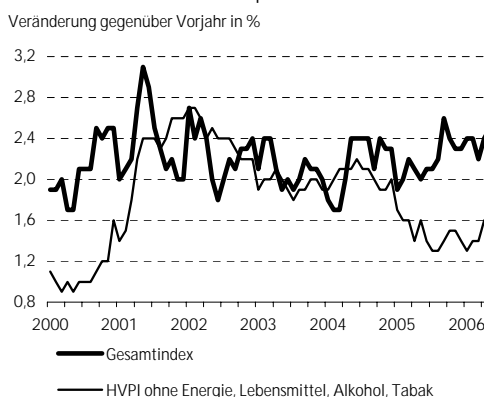
Zur monetären Lage im Euroraum Januar 2000 bis Mai 2006



Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro sowie realer effektiver Außenwert des Euro²



Harmonisierter Verbraucherpreisindex



¹ Kreditzinsen ab Januar 2003: 1–5 Jahre, bis 1 Mill. Euro, Neugeschäft, bis März 2006.

² Gegenüber einem weiten Länderkreis auf Basis der Verbraucherpreise.

Quellen: Europäische Zentralbank;
Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Gefährdungspotential für die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien – Risiken für den Euroraum

Seit Jahren expandiert die Wirtschaft in Spanien deutlich kräftiger als im Euroraum insgesamt. Die Binnennachfrage ist dynamisch, privater Konsum, Investitionen sowie die Zahl der Arbeitskräfte expandieren stark. Die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte konnten zurückgeführt werden; seit nunmehr zwei Jahren werden Haushaltsüberschüsse erzielt.

Trotz dieser äußerst positiven Entwicklung gibt es Anlass zur Sorge. So weist der Leistungsbilanzsaldo seit Ende der 90er Jahre ein hohes Defizit auf; es liegt in diesem Jahr voraussichtlich bei über 9 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Inflationsrate ist höher als anderswo im Euroraum. Dies beeinflusst auch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank.

In dem anhaltenden Aufschwung spielt die Bautätigkeit insbesondere im Wohnungsbau eine große Rolle. Der Anstieg der Immobilienpreise hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. Mittelfristig ist eine Sättigung der Baunachfrage wahrscheinlich, so dass der Bauboom und die Immobilienpreissteigerungen zum Erliegen kommen werden. Dies hätte gravierende negative Folgen für die gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeitslosigkeit würde sprunghaft steigen. Aber auch kurzfristig ergeben sich Risiken.

Der Bausektor ist besonders zinsabhängig. Lange Zeit hatte Spanien im europäischen Vergleich einen erheblichen Zinsvorteil. Die realen Zinsen waren hier zeitweise um mehrere Prozentpunkte niedriger als in anderen Ländern des Euroraumes. Steigen die Zinsen nunmehr, könnte hiermit eine abrupte Korrektur der Entwicklung eingeleitet werden. Bei einem Zusammenbruch des Baubooms und einem entsprechenden Verfall der Immobilienwerte wird der Bankensektor in Mitleidenschaft gezogen. Wegen der hohen Auslandsverschuldung bleibt dies nicht auf Spanien begrenzt.

Im Prognosezeitraum wird das Wachstum im Euroraum von allen Komponenten der Binnennachfrage getragen; der Außenbeitrag wird sich wenig verändern. Für das nächste Jahr ist eine etwas schwächere Dynamik zu erwarten. Zum einen werden sich die Abkühlung der Weltwirtschaft und die Straffung der Geldpolitik in den USA auswirken. Zum anderen geht dies auf eine restriktivere Geldpolitik der EZB und die Bemühungen zur Konsolidierung der Staatshaushalte im Euroraum zurück. Alles in allem wird für 2007 ein Wirtschaftswachstum für den Euroraum von 2,0 % prognostiziert, nach 2,1 % in diesem Jahr.¹

Die Preise werden in diesem Jahr um 2,3 % steigen; die Effekte des Ölpreisanstiegs werden im Verlauf des Jahres abklingen. Für das kommende Jahr wird eine Inflationsrate von 2,2 % prognostiziert. Das Überschreiten des 2 %-Ziels der EZB im Jahr 2007 ist auch auf die Anhebung der indirekten Steuern in Deutschland zurückzuführen.

In einzelnen Mitgliedsländern bestehen besondere Risiken: So zum Beispiel in Spanien, wo die Immobilienpreise außerordentlich gestiegen sind und eine Korrektur dieser Entwicklung offenbar unvermeidbar ist (Kasten 2).

In *Großbritannien* hat sich nach einer temporären, insbesondere konsumbedingten Schwäche das Wirtschaftswachstum wieder gefestigt. Dazu hat insbesondere die weiter kräftige außenwirtschaftliche Nachfrage beigetragen. Mit einer Arbeitslosenquote von knapp 5 % und einer Inflationsrate von etwa 2 % ist die britische Wirtschaft trotz des etwas

schwächeren Wachstums in einer im europäischen Vergleich guten Verfassung. Von der Geldpolitik sind keine Restriktionen zu erwarten, ebenso wenig von der Finanzpolitik.

In *den neuen Mitgliedsländern* der EU ist die Konjunktur nach wie vor sehr robust. Die höchsten Zuwachsraten werden weiterhin in den baltischen Staaten verzeichnet; spürbar erholt hat sich jedoch auch das Wachstum in Polen. Zusätzlich zur starken Binnennachfrage trug in mehreren Ländern auch der Außenhandel deutlich positiv zum Wachstum bei. Dadurch sanken die Leistungsbilanzdefizite vor allem in den mitteleuropäischen Ländern. Die gute Konjunktur geht insbesondere in den baltischen Ländern mit einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung und einer Verringerung der Arbeitslosenquote einher. Die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung bleiben positiv. Das Wachstum wird weiterhin von einer starken Binnennachfrage getragen. Doch trägt der Außenhandel in einer Reihe von Ländern ebenfalls zum Wachstum bei, die bestehenden Leistungsbilanzdefizite können somit in einigen Ländern weiter reduziert werden (Tabelle 2).

Es gibt aber auch Risiken. So könnte in einigen Ländern der Reformprozess ins Stocken kommen. Auch sind einzelne Währungen bereits unter Druck

¹ Im Januar 2007 wird der Euroraum um ein weiteres Mitglied (Slowenien) erweitert; der Beitritt dieses Landes wird sich jedoch kaum auf die aggregierte Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum auswirken.

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2005	2006	2007
			2005	2006	2007	2005	2006	2007			
Deutschland	20,8	–	1,0	1,8	1,4	1,9	1,6	2,2	9,5	8,7	8,2
Frankreich	15,7	16,0	1,2	1,9	2,1	1,9	2,1	1,7	9,5	8,8	8,6
Italien	13,1	10,9	0,1	1,2	1,0	2,2	2,2	1,8	7,7	7,5	7,5
Spanien	8,4	8,1	3,4	3,4	3,2	3,4	3,8	3,3	9,2	8,0	7,8
Niederlande	4,7	9,6	1,1	2,0	2,4	1,5	1,8	1,8	4,7	4,4	4,3
Belgien	2,8	8,8	1,5	2,4	2,1	2,5	2,5	2,0	8,4	8,4	8,3
Österreich	2,3	8,5	1,9	2,4	2,2	2,1	2,0	1,7	5,1	5,0	4,8
Griechenland	1,7	1,3	3,7	3,6	3,2	3,5	3,2	2,9	9,9	10,2	10,1
Finnland	1,4	1,7	3,3	4,1	4,3	0,8	1,4	1,6	8,4	8,2	8,0
Irland	1,5	1,0	4,3	4,5	4,7	2,2	2,5	2,4	4,3	4,2	4,0
Portugal	1,4	1,5	0,4	1,2	1,9	2,1	2,3	2,0	7,6	7,6	7,4
Luxemburg	0,3	0,8	4,1	4,3	4,1	3,8	3,3	2,8	4,5	4,8	4,6
Euroraum³	74,0	–	1,4	2,1	2,0	2,2	2,2	2,1	8,5	8,0	7,7
EWU-Länder ohne Deutschland	53,1	–	1,5	2,2	2,2	2,3	2,4	2,1	8,2	7,7	7,5
EWU-Länder ohne Deutschland ⁴	–	68,2	1,6	2,3	2,2	2,2	2,3	2,0	–	–	–
Großbritannien	16,4	12,4	1,8	2,1	2,0	2,1	2,1	1,9	4,7	4,8	4,8
Schweden	2,7	3,5	2,7	3,3	3,0	0,8	1,5	1,8	6,1	5,2	5,0
Dänemark	1,9	2,5	3,4	2,9	2,5	1,7	1,7	2,2	4,8	4,6	4,5
EU 15³	94,9	–	1,5	2,2	2,0	2,1	2,1	2,1	7,8	7,3	7,1
Polen	2,2	4,4	3,6	4,2	4,5	2,2	1,6	2,5	17,7	16,5	16,0
Tschechien	0,9	3,8	6,1	6,6	5,0	1,6	2,5	3,1	7,9	7,5	7,0
Ungarn	0,8	2,7	4,1	4,3	3,7	3,5	3,2	4,6	7,2	7,5	7,8
Slowakei	0,4	1,2	6,1	5,9	4,6	2,8	4,2	2,8	16,3	15,0	14,5
Slowenien	0,3	0,6	4,2	3,8	4,4	2,5	3,1	3,0	6,5	7,0	6,8
Litauen	0,2	0,3	7,6	7,9	7,7	2,7	3,5	2,7	8,3	6,0	5,0
Zypern	0,1	0,1	3,7	3,2	4,0	2,0	2,3	1,8	5,3	6,0	5,8
Lettland	0,1	0,2	10,2	10,8	7,5	6,9	6,2	4,3	8,9	7,5	7,0
Estland	0,1	0,2	9,8	9,2	6,5	4,1	3,8	2,6	7,9	5,5	4,5
Malta	0,0	0,1	2,4	2,5	2,5	2,5	3,1	2,3	7,3	7,8	7,5
Neue EU-Mitgliedsländer³	5,1	–	4,7	5,1	4,7	2,5	2,5	3,0	13,1	12,2	11,8
EU 25³	100,0	–	1,7	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	8,5	8,0	7,8
<i>Nachrichtlich:</i>											
Insgesamt, exportgewichtet ⁴		100,0	2,1	2,7	2,6	2,2	2,3	2,1	–	–	–

¹ EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.² Standardisiert.³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2005.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quellen: OECD; Eurostat; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2006 und 2007: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

geraten. Darüber hinaus kann die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite zum Problem werden.²

von 1,4%, zu rechnen. Bereinigt um Kalendereffekte ergeben sich für dieses und das kommende Jahr Wachstumsraten von 2 bzw. 1,5% (Tabelle 3).

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland**Wachstum 2006: Höher und breiter**

Die deutsche Volkswirtschaft nimmt in diesem Jahr deutlich an Fahrt auf. Mit einer Wachstumsrate von 1,8% erreicht sie den höchsten Wert seit dem Jahr 2000 und eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Für 2007 ist mit einer erneuten Abschwächung des Wirtschaftswachstums, und zwar auf die seit der Wiedervereinigung durchschnittliche Rate

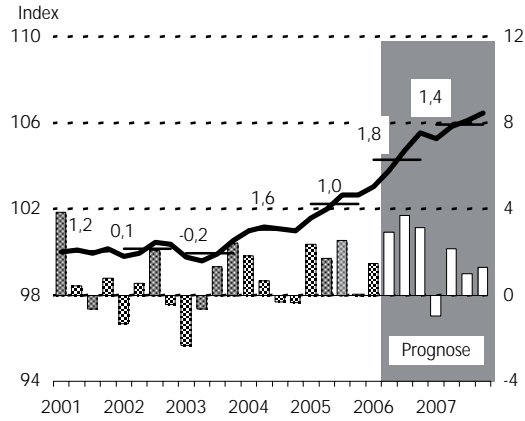
Anders als noch im Vorjahr, als das Wirtschaftswachstum zu zwei Dritteln vom Außenhandel ge-

² Die meisten Länder streben bis 2010 die Einführung des Euro an. In diesem Frühjahr hatte die EU Kommission allein Slowenien als reif für den Euro eingestuft. Litauen wurde eine unzureichende Konvergenz der Inflationsraten attestiert.

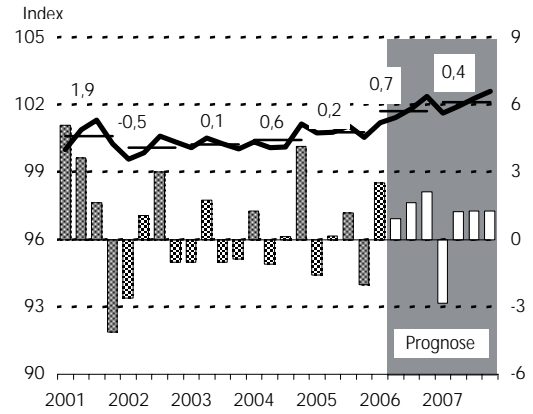
Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten¹

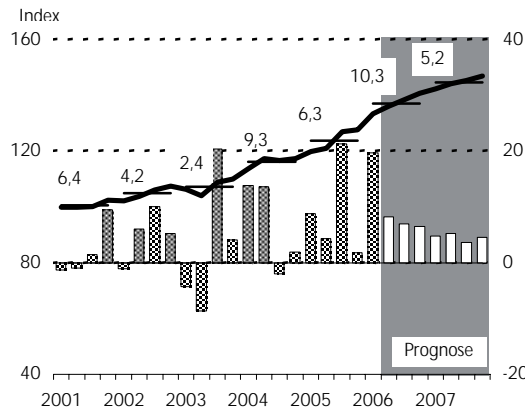
Bruttoinlandsprodukt



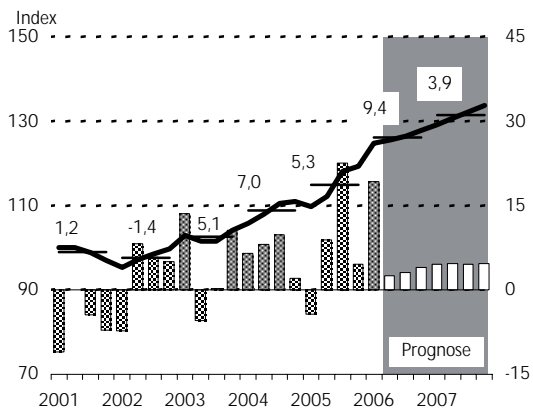
Konsumausgaben der privaten Haushalte



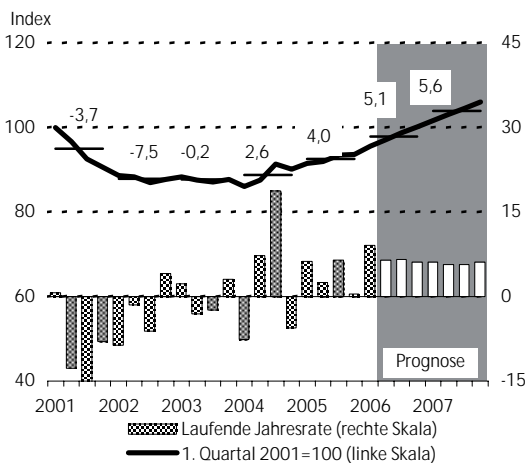
Exporte



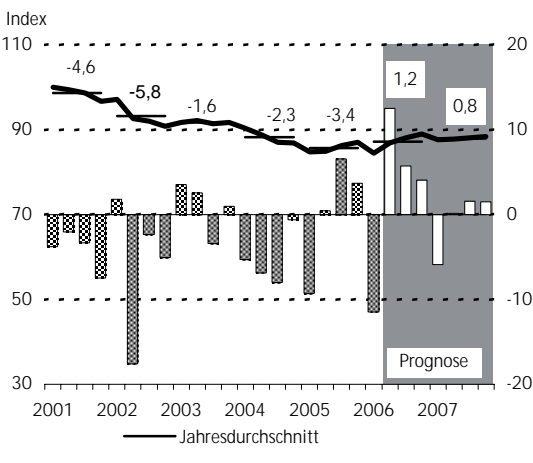
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



Laufende Jahresrate (rechte Skala)
 1. Quartal 2001=100 (linke Skala)

Rechte Skalen: Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresraten hochgerechnet.
 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
 1 Preis- und saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

tragen wurde, zeichnet sich für 2006 eine deutlich gestärkte Binnennachfrage ab (Tabelle 4). Die konjunkturelle Expansion gewinnt damit in diesem Jahr an Breite, Investitionen und Konsum tragen zu annähernd gleichen Teilen zum Wirtschaftswachstum bei (Abbildung 2). Für den Rückgang des Wachstums im kommenden Jahr sind vor allem schwächer werdende Binnenkräfte verantwortlich, während der Außenhandel, trotz deutlich niedrigerer Zuwachsraten bei Ex- und Importen, einen nahezu unveränderten Einfluss auf das Wachstum in Deutschland haben wird (Kasten 3).

Nur leichte Erholung beim Konsum

Mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von fast 60 % spielt der private Konsum für das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft eine besonders wichtige Rolle. Nach vierjähriger Konsumschwäche wird in diesem Jahr ein Wachstum von 0,7 % erreicht. Hierfür sind nur zum geringeren Teil (etwa 0,2 Prozentpunkte) Vorzieheffekte verantwortlich, mit denen die Verbraucher der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des kommenden Jahres auszuweichen versuchen. Der überwiegende Teil des Konsumwachstums resultiert aus einer etwas gefestigteren konjunkturellen Grunddynamik aufgrund wachsender realer verfügbarer Einkommen der privaten Haushalte (1 %), verbunden mit einer leichten Belebung am Arbeitsmarkt. Allerdings resultiert der Anstieg des realen verfügbaren Einkommens vornehmlich aus den höheren Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die negative Entwicklung der realen Lohn- und Transfereinkommen verhindert abermals eine kräftigere Expansion des privaten Konsums. Im Jahr 2007 fehlen die vorgezogenen Käufe in der privaten Konsumnachfrage. Außerdem verlangsamt sich das Wachstum der realen verfügbaren Einkommen. Insgesamt ist daher für 2007 nur noch mit einem Anstieg der Konsumnachfrage von 0,4 % zu rechnen (Kasten 4).

Zwar steigen die realen Konsumausgaben des Staates mit 0,5 % in diesem und 0,7 % im nächsten Jahr spürbar stärker als in den Vorjahren. Jedoch ist der sich daraus ergebende konjunkturelle Impuls mit einem Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten nur sehr schwach.

Anlageinvestitionen stützen Expansion

Die Anlageinvestitionen bleiben mit einem Plus von jeweils 3 % in diesem wie im nächsten Jahr eine wichtige Stütze der Konjunktur; skalenbereinigt errechnen sich Raten von 3,4 bzw. 3,3 %. Bei einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 17 % sorgen die Anlageinvestitionen damit in beiden Jahren für einen halben Prozentpunkt Wirtschaftswachstum in Deutschland. Gut drei Viertel des Anstiegs der

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,2	1,6	1,0	1,8	1,4
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	38 722	38 868	38 783	39 027	39 133
Arbeitslose (1000 Personen)	4 377	4 381	4 861	4 442	4 380
Arbeitslosenquote ² (in %)	10,2	10,1	11,2	10,2	10,1
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,6	2,2
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,7	-1,0	-0,9	0,1	-0,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵					
in Mrd. Euro	-86,5	-81,2	-74,5	-62,5	-43,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-3,7	-3,3	-2,7	-1,8
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	1,8	3,7	4,1	4,2	5,0

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

³ Verbraucherpreisindex (2000 = 100).

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin; 2006 bis 2007: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Anlageinvestitionen geht auf den Zuwachs bei den Ausrüstungen zurück, und auch die Bauinvestitionen liefern erstmals seit 1999 wieder einen positiven Wachstumsbeitrag. Neben der hohen Kapazitätsauslastung vor allem in den exportorientierten Industrien spielen auch staatliche Eingriffe eine Rolle. So ist aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung auch bei

Tabelle 4

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2005	2006	2007
Konsumausgaben	0,1	0,5	0,4
Private Haushalte ²	0,1	0,4	0,3
Staat	0,0	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,0	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,3	0,4	0,4
Bauten	-0,3	0,1	0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	0,3	-0,0	-0,2
Inlandsnachfrage	0,3	1,0	0,7
Außenbeitrag	0,6	0,8	0,7
Ausfuhr	2,4	4,1	2,3
Einfuhr	-1,8	-3,3	-1,5
Bruttoinlandsprodukt³	1,0	1,8	1,4

¹ In Preisen des Vorjahres. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006 und 2007: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Bandbreite von Prognosen

Die konjunkturelle Entwicklung wird nicht nur vom DIW Berlin, sondern auch von einer Reihe anderer Institute eingeschätzt. Neben den Prognosen einzelner Institutionen gibt es auch aggregierte Vorhersagen wie den Consensus Forecast, der die Vorhersagen zur wirtschaftlichen Entwicklung von rund 30 Prognostikern zusammenfasst. Um einen Eindruck über die Spanne der Vorhersagen zu erhalten, werden ausgewählte Ergebnisse dieses Consensus entsprechenden Einschätzungen des DIW Berlin für Deutschland gegenübergestellt (Tabelle).

Consensus- und DIW-Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

	2006				2007			
	Consensus			DIW Berlin	Consensus			DIW Berlin
	Mittelwert	Minimum	Maximum		Mittelwert	Minimum	Maximum	
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,3	2,3	1,8	1,1	0,1	1,7	1,4
Privater Verbrauch	0,9	0,4	1,6	0,7	0,4	0,1	1,6	0,4
Ausrüstungsinvestitionen	5,5	3,8	7,5	5,1	4,1	1,8	6,5	5,6
Konsumentenpreise	1,7	1,4	2,0	1,6	2,3	1,8	2,7	2,2

Quellen: Consensus Forecasts 6/2006, Consensus Economics, London; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Grundsätzlich erwarten der Consensus und das DIW Berlin eine ähnliche Entwicklung. Dabei schätzt das DIW Berlin die Entwicklung der inländischen Nachfrage als etwas stetiger ein. Da der Preiserhöhungsspielraum für Unternehmen infolge einer hohen Wettbewerbsintensität begrenzt ist, kommt es in der DIW-Prognose für 2007 zu keinem Konsumeinbruch.

Die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind allgemein mit Unsicherheit behaftet. Um das Prognoserisiko zu bewerten, werden Sensitivitätsanalysen für alternative weltwirtschaftliche Entwicklungspfade durchgeführt. Hierzu werden Intervallprognosen herangezogen, die den Unsicherheitsbereich bei gegebener Sicherheitswahrscheinlichkeit erfassen.

Grundsätzlich stehen für die Bestimmung der Intervallgrenzen mehrere Methoden zur Auswahl. Eine Vorhersage auf der Basis makroökonomischer Modelle kann beispielsweise mit den Methoden der stochastischen Simulation durchgeführt werden. Dabei werden normalverteilte Schocks in den Verhaltensgleichungen des Modells berücksichtigt, deren Eigenschaften sich an denen der unerklärten Restgrößen im Stützzeitraum orientieren. Aus dem Zusammenspiel der Schocks werden Intervalle, die den Unsicherheitsbereich für die jeweilige Variable determinieren. Dieser wird um so größer, je schlechter die Anpassung der Gleichungen im Stützzeitraum ist.

Die Breite der Intervalle wird abhängig von einer frei wählbaren Sicherheitswahrscheinlichkeit in einer fächerförmigen Abbildung (Fan-Chart) für die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zum Vorquartal dargestellt (Abbildung). Ausgewiesen wird die konjunkturelle Entwicklung, ohne Berücksichtigung sämtlicher fiskalischer Maßnahmen im Prognosezeitraum. Die durchgezogene Linie gibt bis zum 1. Quartal 2006 das tatsächliche Wachstum an, nach diesem Zeitpunkt die Modellprognose. Nach einem relativ starken ersten Quartal folgt eine leichte Beruhigung der wirtschaftlichen Dynamik. Danach bleiben die Wachstumsraten auf einem relativ konstanten Niveau von etwa 0,5%. Damit korrespondiert eine Modellprognose für das reale Bruttoinlandsprodukt von 1,9% sowohl im Jahr 2006 als auch im Jahr 2007.

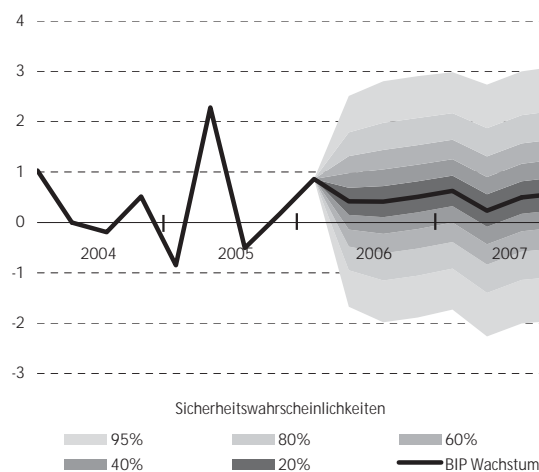
Die statistische Unsicherheit der Punktprognose ist beachtlich. Bei einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 80% beträgt die Spannweite bei den Verlaufsraten ungefähr 3,5 Prozentpunkte. Bei Jahreswachstumsraten ist der Unsicherheitsbereich aufgrund eines Glättungseffekts geringer (2006: 1,8, 2007: 2,8 Prozentpunkte). Mit der Wachstumsrate von 1,9% aus der Punktprognose wären also Realisationen zwischen 1,0 und 2,8% für 2006 bzw. 0,5 und 3,3% für 2007 kompatibel. Diesen Bereich decken sowohl die Consensus-Durchschnitts- als auch die DIW-Prognose ab, die deshalb nach strengen statistischen Kriterien nicht zu unterscheiden sind. Die Intervalle werden nur dann enger, wenn deutlich geringere Sicherheitswahrscheinlichkeiten unterstellt werden.

Die Intervalle in der Abbildung skizzieren den Unsicherheitsbereich auf der Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der sich im Stützzeitraum des Modells ergeben hat. Eine alternative Vorgehensweise besteht darin, die Intervalle auf der Grundlage von Informationen für den Vorhersagezeitraum zu bestimmen. Dazu eignen sich historische Prognosefehler. Hier werden exemplarisch die Frühjahrs- und Herbstgutachten der Gemeinschafts-

Abbildung

Intervallprognosen für die Wachstumsraten des BIP in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

diagnose im Zeitraum von 1991 bis 2005 verwendet. Bei dieser Methode ziehen hohe Prognosefehler breitere Unsicherheitsbereiche nach sich. Legt man die Frühjahrsgutachten für die Wachstumsprognose des laufenden Jahres zugrunde, umfassen die entsprechenden Intervalle ungefähr 2,4 Prozentpunkte. Bei den Herbstgutachten steigt die Bandbreite auf 3,4 Prozentpunkte für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr (Sicherheitswahrscheinlichkeit jeweils 80 %). Damit würde das Intervall rund $\pm 1,2$ beziehungsweise $\pm 1,7$ Prozentpunkte um die in den Gutachten veröffentlichte Punktprognose liegen.¹

¹ Bei der Berechnung wird die Standardabweichung der Prognosefehler (1 Prozentpunkt im Frühjahrsgutachten für das laufende Jahr, 1,4 Prozentpunkte im Herbstgutachten für das kommende Jahr) mit dem Faktor 1,282 multipliziert, um den 80% Bereich zu erhalten. Dabei gilt die Annahme normalverteilter Prognosefehler.

der Bauwirtschaft mit Vorzieheffekten zu rechnen, und die Ausrüstungsinvestitionen profitieren bis zum Ende des Prognosezeitraums von der Abschreibungsvergünstigung, die danach entfällt.

Beständige Wachstumsbeiträge aus dem Außenhandel

Die deutsche Exportwirtschaft nützt in diesem Jahr weiterhin das günstige weltwirtschaftliche Umfeld und eine Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit aus. Dies äußert sich in einem geschätzten Zuwachs von 10,3 % der Exporte, der höchsten Rate seit 2000. Hierzu trägt das starke erste Quartal des laufenden Jahres bei. Eine Abflachung der weltwirtschaftlichen Expansion und die hier angenommene Aufwertung des Euro lassen für 2007 dann nur noch ein halb so hohes Expansionstempo erwarten.

Ein ähnlicher Verlauf wie bei den Exporten ist bei den Importen abzusehen. Nach einer sehr kräftigen Expansion in diesem Jahr (9,4 %) verlangsamt sich der Zuwachs der Importe im kommenden Jahr auf 3,6 %. Auch hier spielt der mit dem starken Auftaktquartal verbundene Basiseffekt eine wichtige Rolle. Insgesamt verringert sich damit im kommenden Jahr zwar das Expansionstempo im Außenhandel, aufgrund der nahezu symmetrischen Entwicklung beider Komponenten bleibt der Wachstumsbeitrag des Außenhandels mit gut 0,7 Prozentpunkten im Jahr 2007 nahezu auf dem Niveau des laufenden Jahres (0,8 Prozentpunkte).

Noch keine konjunkturelle Belebung bei der Beschäftigung

Nach dem außergewöhnlich langen Winter setzte die saisonbedingte Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften relativ spät ein. Beeinflusst wurde der Verlauf der Beschäftigung durch eine Gesetzesänderung, wonach zum 1. Februar dieses Jahres u. a. die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld insbesondere für ältere Arbeitnehmer gekürzt wurde. Bei Personen ab 57 Jahren beträgt sie jetzt beispielsweise 18 Monate, vor der Reform waren es 32 Monate. Das hat zum Jahresbeginn zu einer Kündigungswelle geführt, da Arbeitgeber und auch manche Arbeitnehmer noch

die alte Regelung zur faktischen Frühverrentung nutzen wollten. Nach den einschlägigen Saisonbereinigungsverfahren stagniert die Zahl der Erwerbstätigen. Bei diesen Verfahren werden die genannten Sondereinflüsse allerdings nur unzureichend berücksichtigt.

Weiterhin ist die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten gestiegen, auch jener, die ausschließlich eine solche Tätigkeit ausüben. Weniger eindeutig ist das Bild bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Nach einem bisher stetigen, wenngleich sich abschwächenden Rückgang gab es im März saisonbereinigt einen leichten Anstieg; allerdings ist dies das Ergebnis einer ersten Hochrechnung. Dazu beigetragen hat die Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) gegen Entgelt. Ausgeweitet wurde auch die – nicht sozialversicherungspflichtige – Beschäftigung bei Arbeitsgelegenheiten, für die eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Wie stark die Zuwächse sind, lässt sich allerdings nicht beziffern: Die Bundesagentur für Arbeit verfügt nur über unvollständige Informationen, da seit Anfang 2004 neben den Arbeitsagenturen auch Arbeitsgemeinschaften der Agenturen mit Kommunen sowie kommunale Träger für die Bezieher von Arbeitslosengeld II zuständig sind.

Statistisch ausgewiesen wird in den letzten Monaten ein deutlicher Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen. Hierzu dürfte die Ausweitung der 1-Euro-Jobs beigetragen haben.³ Bemerkenswert ist aber, dass in der Statistik insbesondere die Zahl der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen unter den gemeldeten Arbeitslosen gesunken ist. Dies könnte daran liegen, dass es seit Februar 2006 erwerbslosen Jugendlichen schwer gemacht wird, unter der Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld das Elternhaus zu verlassen. Das mindert den Anreiz, sich arbeitslos zu melden.

Ob sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt gebessert hat, lässt sich wegen der unsicheren Datenbasis anhand der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur

³ Als Arbeitslose gelten nach der Definition des Sozialgesetzbuches u. a. nur solche Personen, die keiner Tätigkeit von mehr als 15 Stunden in der Woche nachgehen. Die meisten 1-Euro-Jobber kommen auf längere Arbeitszeiten.

Kasten 4

Immobilienpreise dämpfen Konsum in Deutschland

Eine Reihe von Studien hat in jüngerer Zeit die Bedeutung von Vermögenseffekten für den privaten Konsum untersucht. So wurde etwa das Sinken der Sparquote der US-amerikanischen Privathaushalte im Laufe der 90er Jahre von rund 9 % des verfügbaren Einkommens auf unter Null fast vollständig auf die im Zuge steigender Vermögensbestände zurückgehenden Ersparnisse aus laufendem Einkommen in der Gruppe der besserverdienenden Haushalte zurückgeführt.¹ Umgekehrt ist der Einbruch an den deutschen Aktienmärkten in den Jahren 2000 bis 2002 unlängst als Faktor der Schwächung des Konsums aus Vermögen identifiziert worden.²

Das DIW Berlin hat die Rolle der Immobilienpreise für die Konsumnachfrage untersucht. Die Entwicklung der Immobilienpreise weist im Vergleich der großen Industrieländer (G-7 und Spanien) von 1995 bis 2005 erhebliche Unterschiede auf (Abbildung 1): Während in Deutschland und Japan die Preise für Immobilien stagnierten oder sogar zurückgingen, verzeichneten Spanien und Großbritannien Zunahmen auf mehr als das Zweieinhalbfache des Ausgangsniveaus.³ Mehr als verdoppelt haben sich die Preise in Frankreich und den USA, um über 50 % stiegen sie in Italien. Da die Inflationsraten in den meisten Ländern während des beobachteten Zeitraums moderat ausfielen, ergeben sich durch eine Preisbereinigung keine großen Unterschiede.

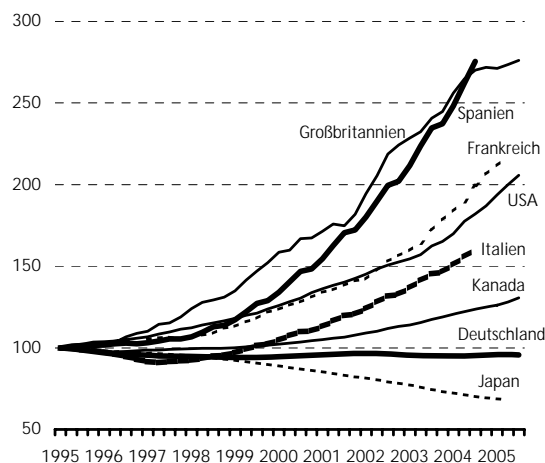
Einen ersten Einblick in die quantitative Bedeutung von (Immobilien-)Vermögenseffekten eröffnet Abbildung 2. Von 1995 bis 2005 legte die Konsumnachfrage im Durchschnitt der untersuchten Länder um knapp 30 % zu, während die Immobilienpreise dort um 50 bis 60 % stiegen.⁴

Die Steigung der Regressionsgeraden liefert einen überschlägigen Schätzwert für die Elastizität der Konsumnachfrage in Bezug auf die relative Immobilienpreisentwicklung: Eine 10-prozentige Preissteigerung zieht demnach die Erhöhung des privaten Konsums um 1,5 bis 2,3 % nach sich.⁵ Damit lässt sich auch die Grenzneigung zum Verbrauch aus Immobilienvermögen errechnen: Eine Wertsteigerung des Immobilienvermögens um einen Euro erhöht demnach den privaten Konsum um 5 bis 8 Cent. Wenn die realen Immobilienpreise in Deutschland also um 50 % (Sample-Durchschnitt) gestiegen und nicht um 15 % gefallen wären, hätte demnach bei einer Elastizität von 0,15 eine bis zu 10 % höhere Konsumnachfrage realisiert werden können. Daraus hätte sich bei einem Anteil des privaten Konsums am deutschen BIP von etwa 60 % ein um 6 % höheres BIP-Wachstum ergeben. Diese positive Entwicklung wäre über Multiplikatoreffekte weiter verstärkt worden.

Vergleichbare Effekte für die Konsumnachfrage, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, wären bei einem Einbruch der Immobilienpreise zu erwarten. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist allerdings als weniger hoch einzuschätzen, da die Immobilienpreisentwicklung im Vergleich zu Kapitalmarktpreisen in den Industrieländern typischerweise eine geringere Volatilität aufweist. Die Gefahr des Platzens einer „Immobilienmarktblase“ sieht das DIW Berlin derzeit nicht; ausgegangen wird vielmehr von einer Verlangsamung der Preissteigerungen in jenen Volkswirtschaften, die in den letzten Jahren, getragen vom kräftigen BIP-Wachstum, besonders starke Immobilienpreisanstiege zu verzeichnen hatten.

Abbildung 1

Entwicklung der nominalen Immobilienmarktpreise in acht großen Industrieländern Index (Juni 1995 = 100)

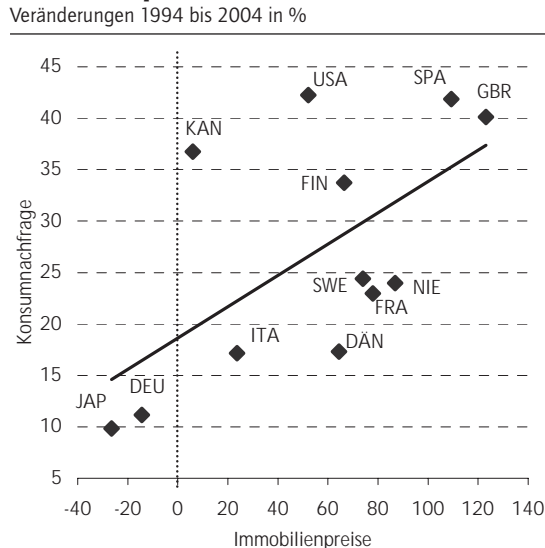


Quellen: Bank für internationalen Zahlungsausgleich;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 2

Reale Konsumausgaben und Immobilienpreise in 12 Industrieländern Veränderungen 1994 bis 2004 in %



Quellen: Bank für internationalen Zahlungsausgleich;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

¹ Maki, M. Dean und Michael G. Palumbo: Disentangling the Wealth Effect: a Cohort Analysis of Household Saving in the 1990s. In: Finance and Economics Discussion Series, Board of Governors of the Federal Reserve System, 21. April 2001.

² Vgl. Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006. In: Wochenbericht des DIW Berlin, 18./2006, S. 266.

³ In Irland (hier nicht abgebildet) haben sich die Immobilienpreise im beobachteten Zeitraum sogar vervierfacht.

⁴ Der höhere Wert ergibt sich hier und im Folgenden jeweils dann, wenn Irland im Sample berücksichtigt wird.

⁵ Die dokumentierte Regression dient hauptsächlich der Illustration. Eine spezifische empirische Untersuchung der Bedeutung von Vermögenseffekten für den privaten Konsum findet sich bei Jirka Slacalek: International Wealth Effects. In: Discussion Paper des DIW Berlin, Nr. 596, 2006.

nicht einschätzen. Legt man die ILO-Arbeitsmarktstatistik zugrunde, geht seit Jahresanfang die Zahl der Erwerbslosen zurück. Eine Aufhellung der Lage signalisieren ebenfalls die deutlichen Zuwächse der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen – vor allem solcher, die nicht mit Mitteln der Arbeitsverwaltung gefördert werden (Kasten 6).

Staatsdefizite stark rückläufig

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist auch in diesem Jahr von dem Bemühen geprägt, das Staatsdefizit zu senken. Bei den Staatsausgaben zeichnet sich nur ein geringfügiger Zuwachs ab (0,3%), während die Einnahmen mit einer Rate von 1,6% steigen dürften; dies ist deutlich schwächer als der Zuwachs des nominalen BIP. Nach der hier vorgelegten Schätzung wird das Finanzierungsdefizit knapp 63 Mrd. Euro betragen und somit um 12 Mrd. Euro niedriger als im Vorjahr ausfallen; die Defizitquote beläuft sich auf 2,7%.

Die nach wie vor sehr gute Entwicklung der Unternehmensergebnisse lässt die gewinnabhängigen Steuern weiterhin kräftig expandieren, auch wenn aufgrund der befristeten Abschreibungsverbesserungen Abschläge hingenommen werden müssen. Hingegen sind bei der Lohnsteuer nur moderate Mehreinnahmen zu erwarten, da die Lohnsumme nur wenig steigt. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer dürften erstmals seit langem wieder mit dem Anstieg der Bemessungsgrundlagen Schritt halten. Besorgnis erregt die Entwicklung der Sozialbeiträge, deren Dynamik auch wegen der starken Zunahme der geringfügigen Beschäftigung schwach ist.

In diesem Jahr werden die Ausgaben kaum steigen. Nennenswerte Belastungen verursacht das Arbeitslosengeld II. Mit einem etwas stärkeren Zuwachs als in den Vorjahren wird bei den Zinsausgaben gerechnet, da die Einsparungsmöglichkeiten bei der

Refinanzierung der Altschulden geringer werden. Im Gesundheitswesen wirken kostendämpfende Maßnahmen nach. Die Personalausgaben im öffentlichen Dienst gehen aufgrund des Stellenabbaus zurück. Die Rentenzahlungen werden nahezu stagnieren, da die gesamtwirtschaftlichen Vorgaben keine Erhöhung zulassen. Nach dem Verfall der öffentlichen Investitionstätigkeit im vergangenen Jahrzehnt ist hier jedoch mit einer Trendwende zu rechnen, da sich die Finanzlage der Gemeinden infolge der weiterhin kräftig sprudelnden Gewerbesteuer bessert. Auch will der Bund mehr Mittel investieren.

Im kommenden Jahr wird der Konsolidierungskurs durch die drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer noch verschärft. Auch wenn nicht die gesamten Mehreinnahmen zur Verringerung des Staatsdefizits eingesetzt werden – ein Teil der Mittel dient zur Finanzierung einer Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung –, wird das Defizit in einer Größenordnung von annähernd 20 Mrd. Euro auf 43 Mrd. Euro zurückgehen; die Defizitquote wird nur noch 1,8% betragen. Verbunden ist damit ein restriktiver Nachfrageimpuls der Finanzpolitik von fast einem Prozentpunkt des nominalen BIP: Die Finanzpolitik nimmt in Kauf, dass die gesamtwirtschaftliche Binnennachfrage um einen Prozentpunkt niedriger ausfällt als ohne die Mehrwertsteueranhebung. Durch diese Restriktion ergeben sich rein rechnerisch für den Staat Mindereinnahmen von annähernd 10 Mrd. Euro.

Die Entwicklung bei den Ausgaben wird sich im nächsten Jahr kaum beschleunigen; mit einem Zuwachs um knapp 1% werden sie weiterhin deutlich langsamer als das nominale BIP expandieren. Die Personalausgaben dürften stagnieren, und die Rentenzahlungen werden nur geringfügig steigen, obwohl die Zahl der Rentner zunimmt. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden deutlich

Kasten 5

Annahmen der Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die EZB erhöht den Leitzins bis zum Ende dieses Jahres um 50 Basispunkte auf 3,25% und belässt ihn auf diesem Niveau bis zum Ende des Prognosezeitraums.
 - Der Ölpreis (Nordsee Brent) liegt in diesem Jahr durchschnittlich bei 70 US-Dollar und bildet sich in 2007 auf 65 US-Dollar zurück.
 - Der Euro wertet bis zum Jahresende 2006 auf 1,30 US-Dollar/Euro auf. Für 2007 wird eine weitere Aufwertung auf 1,40 US-Dollar/Euro unterstellt.
 - Der Welthandel expandiert 2006 um 6,5%; für 2007 wird eine leichte Abschwächung auf 5,5% angenommen.
 - Die Effektivlöhne steigen in diesem und im nächsten Jahr um 1,2%.
-

Niedriglöhne, Mindestlöhne und angestrebter Bürokratieabbau

Insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hat sich in den letzten Jahren das komplizierte Geflecht bürokratischer Regelungen weiter ausgeweitet. Die Interaktionen und Anreizwirkungen im Hinblick etwa auf die bestehenden oder vorgeschlagenen Modelle im Niedriglohnsektor, ob nun Minijobs, Midijobs, Ich-AG oder Kombilohnmodelle, sind selbst für Fachleute kaum noch überschaubar. Überregulierung ist auch nach Meinung internationaler Beobachter einer der Gründe für die schlechte Performance des Arbeitsmarktes in Deutschland.¹

In letzter Zeit ist als Reaktion auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors die Einführung von Mindestlöhnen gefordert worden. U. a. wird beklagt, dass die Entlohnung mancher Jobs in Deutschland nicht mehr ein auskömmliches Einkommen bietet. In dieser Diskussion spielt die Frage nach den Beschäftigungseffekten eine zentrale Rolle. Eindeutige Antworten gibt es nicht – das gilt sowohl für die Theorie als auch für die Empirie. Wenn die Politik in Deutschland Mindestlöhne einführen will, wagt sie ein Feldexperiment mit nicht voraussehbaren Folgen. Dabei ist wahrscheinlich, dass es zu negativen Beschäftigungseffekten kommt, wenn das Mindestlohniveau sehr hoch festgesetzt wird.

Im Jahr 2004 bezog etwa ein Fünftel aller Beschäftigten einen Bruttostundenlohn von unter 9,50 Euro und etwa ein Zehntel einen Bruttostundenlohn von unter 7,50 Euro. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und Teile der SPD schlagen einen Bruttostundenlohn von 7,50 Euro als untere Grenze vor. Demnach müssten dann bei etwa jedem zehnten Beschäftigten in Deutschland die Löhne angehoben werden – in den neuen Bundesländern sogar bei jedem fünften. Insbesondere bei den wenig Qualifizierten sowie bei einem großen Teil der jungen Erwerbstätigen sowie Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten wären Lohnanhebungen erforderlich. Erhebliche Wirkungen dürften auch auf das Lohngefüge ausgehen – insbesondere in Ostdeutschland, wo der mittlere Lohn von Facharbeitern nicht weit von einem solchen Mindestlohn entfernt liegt; in manchen Berufen entspricht er ihm sogar. Und es wären vor allem kleine und mittlere Unternehmen betroffen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber größeren Unternehmen könnte geschwächt werden.

Natürlich könnte versucht werden, die Höhe der Mindestlöhne etwa nach Berufen, Branchen oder nach Regionen zu differenzieren; dies wäre allerdings mit viel Bürokratie verbunden – von rechtlichen Problemen abgesehen. Unterschiedlich hohe Mindestlöhne für die alten und die neuen Bundesländer dürften nicht lange Bestand haben. So zeigen Erfahrungen der Vergangenheit, dass der Staat auf denjenigen Feldern, wo er durch Eingriffe eine Angleichung von Ost an West herbeiführen konnte, dies über kurz oder lang auch getan hat: bei den Renten, den Entgelten im öffentlichen Dienst und zuletzt beim Arbeitslosengeld II.²

Finanzielle Anreizprobleme bei der Aufnahme regulärer Beschäftigung resultieren aus dem zum Teil geringen Abstand zwischen Marktlöhnen und staatlicher Unterstützung – insbesondere in den neuen Bundesländern. Einer Kürzung des Arbeitslosengeldes II sind indes durch höchstrichterliche Rechtsprechung enge Grenzen gesetzt.

Zusätzlich vermindert werden die Arbeitsanreize durch die Hinzuverdienstmöglichkeit für Arbeitslose. Wenn deren bisherige Beschäftigungsverhältnisse von einzurichtenden Dienstleistungsagenturen gebündelt würden, könnten daraus sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen entstehen. Größere Anreize würden geschaffen, wenn die Hinzuverdienste unterbunden und die Arbeitsgelegenheiten (1- oder 2-Euro-Jobs) nicht entlohnt würden.

In der Pflicht stehen auch die Tarifpartner. In der Vergangenheit war es viele Jahre lang Praxis, neben prozentualen Lohnerhöhungen einen pauschalen Sockelbetrag zu vereinbaren. Dadurch stiegen die Arbeitsentgelte der gering Entlohten überproportional, was deren Beschäftigung weniger attraktiv machte. Nunmehr geht es bei den Lohnvereinbarungen neben prozentualen Lohnsteigerungen in stärkerem Maße um pauschale „Einmalzahlungen“.³ Auch wenn dadurch nicht dauerhaft das Lohnniveau angehoben wird, steigen die Arbeitskosten bei den gering Qualifizierten nach dem jeweiligen Tarifabschluss besonders stark. Das gleiche gilt auch für andere Regelungen, die diese Gruppe stärker begünstigt haben.⁴ Solche Tarifabschlüsse können die Beschäftigungsmöglichkeiten von gering Qualifizierten vermindern.⁵

Ist es aufgrund der hier gemachten Aussagen schon fraglich, ob die zusätzliche Einführung von Mindestlöhnen arbeitsmarktpolitisch sinnvoll wäre, so würde der bürokratische Aufwand sich auf jeden Fall noch erhöhen.

Wenn auch wegen der bestehenden politischen Hemmnisse nur schwer durchsetzbar, so wären als Alternativen die seit vielen Jahren propagierten Modelle eines Grundeinkommens für alle oder einer negativen Einkommensteuer zu nennen, die bereits in einigen anderen Ländern existieren, wie etwa in den USA mit dem Earned Income Tax Credit.⁶ Mit einer Reform in diese Richtung würden sowohl das Erfordernis von Mindestlöhnen als auch zahlreiche andere arbeitsmarkt- und sozialpolitische Regelungen – etwa die Hartz-IV-Regelungen – überflüssig. Hierdurch könnte ein merklicher Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet werden. Allerdings könnten mit der negativen Einkommensteuer je nach Ausgestaltung erhebliche Aufwendungen verbunden sein.⁷

¹ Vgl. OECD Wirtschaftsberichte Deutschland, 2006.

² In der Bauwirtschaft existieren seit einigen Jahren Mindestlöhne, und diese differieren zwischen Ost und West. Allerdings sind die Unterschiede nicht sehr groß. In den neuen Bundesländern liegen sie trotz der dort schon seit mehr als zehn Jahren anhaltenden Baukrise bei 83 % des westdeutschen Niveaus. Zum Vergleich: Ein Facharbeiter in der seit Jahren expandierenden ostdeutschen Industrie erhält lediglich 70 % des in den alten Ländern gezahlten Lohns für Industriefacharbeiter.

³ Bei 14 der 15 wichtigsten Tarifabschlüsse des Jahres 2006 wurden pauschale Einmalzahlungen vereinbart – Ausnahme ist lediglich die Chemieindustrie.

⁴ So wurden bei den jüngsten Tarifabschlüssen für die Beschäftigten in den städtischen Betrieben Hamburgs und in den Kommunen Niedersachsens die gering Qualifizierten bei den Regelungen der Wochenarbeitszeiten besser gestellt als die höher Qualifizierten.

⁵ Zu einer ausführlicheren Auseinandersetzung mit der Problematik des Niedriglohnsektors und der Mindestlöhne vgl. Karl Brenke: Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15–16/2006.

⁶ Vgl. hierzu jüngst Thomas Straubhaar: Grundeinkommen: Nachhaltigkeit für den Sozialstaat Deutschland. In: Update 05/06, HWWI, Hamburg Mai 2006. Die Idee einer negativen Einkommensteuer wurde zuerst bekannt durch Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago 1962.

⁷ Volker Meinhardt, Dieter Teichmann und Gert Wagner: „Bürgergeld“: Keine Zauberformel. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 41/1994.

zurückgehen. Zu Mehrbelastungen kommt es durch die Einführung des Elterngeldes. Mit einem Plus ist auch beim Zinsaufwand und den öffentlichen Investitionsausgaben zu rechnen.

Die Entwicklung der Einnahmen steht im Zeichen der Mehrwertsteuererhöhung, die für sich genommen rund 23 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen spülen dürfte; hinzu kommen die Mehreinnahmen bei der Versicherungssteuer, der Einkommensteuer („Reichensteuer“) sowie aus dem Abbau von Steuervergünstigungen. Dem geringeren Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung stehen höhere Sätze in der Renten- und in der Krankenversicherung gegenüber; per saldo sinken die Sozialbeiträge voraussichtlich um 1,3 Prozentpunkte. Insgesamt wird im Jahre 2007 mit einem Anstieg der Staatseinnahmen um knapp 3 % gerechnet.

Wirtschaftspolitik

Ziel der Wirtschaftspolitik muss sein, die deutsche Wirtschaft möglichst rasch auf einen höheren und nachhaltigen Wachstumspfad zu führen und damit die Arbeitslosigkeit schrittweise abzubauen. Für das Jahr 2006 zeichnet sich ein deutlicher Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab, der sich aber bereits im nächsten Jahr wieder abflacht. Die wirtschaftspolitische Frage ist, ob dieser Einbruch verhindert werden kann. Die verschiedenen strukturellen Reformen der Regierungsagenda können wachstumsfördernd wirken, sie werden aber voraussichtlich erst mittelfristig zum Tragen kommen. Daher bleiben kurzfristig die Geld- und Fiskalpolitik wie auch die Lohnpolitik gefordert.

Die Expansion der Weltwirtschaft wurde in den vergangenen Jahren von den niedrigen Zinsen in den OECD Ländern begünstigt. Nun mehren sich die Befürchtungen eines Inflationspotentials, insbesondere in den USA. Daher ist die Geldpolitik in den USA bereits 2005 auf einen deutlich restriktiveren Kurs eingeschwenkt. Auch die EZB hat den Leitzins angehoben, und zwar in drei Schritten um je 0,25 Prozentpunkte. Sie hat weitere Zinsschritte angedeutet. Die Zinserhöhungen in den USA haben die EZB unter Druck gesetzt, denn ein Verharren auf dem niedrigen Zinsniveau von 2005 hätte zu einer weiteren Aufwertung des US-Dollars geführt und somit die globalen Ungleichgewichte womöglich verschärft. Die Zinssteigerungen im Euroraum resultierten aus dem Abwägen von weltweiten und für den Euroraum spezifischen Faktoren. Zwar gibt die Inflationsentwicklung in einigen Ländern des Euroraums Anlass zu Sorge, aber die Preisentwicklung im gesamten Euroraum wie auch die Inflationserwartungen deuten trotz kräftiger Erhöhungen der Ölpreise auf keinen aufgestauten Inflationsdruck hin.

Die fundamentalen Einflussgrößen für die Inflationserwartungen bleiben im Euroraum sehr verhalten. Ein schwaches gesamtwirtschaftliches Wachstum geht einher mit bescheidenem Lohnkostendruck und fiskalpolitischen Konsolidierungsanstrengungen. Auch wirken der steigende Konkurrenzdruck im Binnenmarkt und der verstärkte Bezug von Vorleistungen und Endprodukten aus Niedriglohnländern weiterhin preisdämpfend. Zudem ist die kräftige Entwicklung der Geldmenge, die in der monetären Strategie der EZB eine bedeutende Rolle spielt, auch vor dem Hintergrund eines höheren Liquiditätsbedarfs integrierter Finanzmärkte durchaus gerechtfertigt. Insgesamt sind die Inflationsrisiken im Euroraum daher als relativ gering einzuschätzen.

In den vergangenen Jahren wurde das Wachstum im Euroraum vor allem durch die Verschuldung der Haushalte und einen starken Anstieg der Vermögenswerte gestützt. Deshalb darf die Geldpolitik nicht die Gefahr einer durch Zinserhöhungen ausgelösten Korrektur der Vermögenswerte unterschätzen. Die Finanzmärkte befinden sich bereits seit Mai dieses Jahres weltweit in einer prekären Korrekturphase, ausgelöst durch die restriktivere Geldpolitik in den USA und in Europa. Die angekündigten geldpolitischen Maßnahmen in Japan tun ein Übriges. Diese Korrektur würde sich durch eine weitere Anhebung der Leitzinsen noch verschärfen, mit nicht unwesentlichen realwirtschaftlichen Gefahren. Im Euroraum ist die Binnenkonjunktur noch nicht gefestigt genug, um Zinserhöhungen eindeutig zu rechtfertigen.

Mit Blick auf die bisher äußerst geringen Zweitrundeneffekte der Ölpreiserhöhungen wird empfohlen, dass die EZB die Kerninflation (1. Quartal 2006 1,5 % für den Euroraum) stärker in den Mittelpunkt ihrer geldpolitischen Überlegungen stellt, wie dies von der Notenbank der USA praktiziert wird. Eine Notenbank hat die Aufgabe, die Inflation zu bekämpfen, nicht aber auf relative Preisveränderungen oder einmalige Preisschocks zu reagieren. Eine solche Strategie würde die Produktion von Gütern mit stabilen oder sogar sinkenden Preisen eindämmen. Daher sollte eine Notenbank nicht auf einmalige Mehrwertsteuererhöhungen, die streng genommen ohne Zweitrundeneffekte zwar das Preisniveau, aber nicht die Inflation erhöhen, oder auf die Erhöhung der Rohstoffpreise (in Relation zu den heimischen Güterpreisen) reagieren. Es kann nicht Ziel der Geldpolitik sein, relative Preisveränderungen zu verhindern⁴ oder sie nur zuzulassen unter der Bedingung sinkender Preise für Binnengüter (um höhere Energiepreise zu kompensieren) oder für Industriegüter (um höhere Preise für Dienstleis-

⁴ So sind z. B. in den letzten 10 Jahren die Preise für Dienstleistungen in Relation zu den Preisen für gewerbliche Güter im Euroraum um 18 % gestiegen.

tungen zu kompensieren). Unter Berücksichtigung all dieser Argumente sieht das DIW Berlin weitere Zinsschritte mit großer Skepsis.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) wurde zu Recht wegen seiner strikten Begrenzung der konjunkturbedingten Defizite kritisiert. Von Anfang an wäre es sinnvoller gewesen, Staaten dazu anzuhalten, in „guten“ Zeiten Budgetüberschüsse zu erzielen, um dann größeren Spielraum für „schlechte“ Zeiten zu gewinnen und über den Zyklus eine nachhaltige Budgetfinanzierung gewährleisten zu können. Die Reform des Paktes von 2005 hat zwar die Defizitgrenze nicht beseitigt, legt aber ein höheres Gewicht auf Haushaltskonsolidierung in „guten“ Zeiten. Dabei hat man sich darauf geeinigt, Wachstumsphasen auf oder über dem Potentialpfad als „gute“ Zeiten zu definieren. Im gegenwärtigen Zyklus wird das Potentialwachstum Deutschlands auf rund 1,4 % geschätzt, und somit wäre in Deutschland 2006 der Einstieg in gute Zeiten gelungen, unbeachtet der hohen „natürlichen“ Arbeitslosigkeit von weit über 4 Millionen Menschen. Auf dieser Basis wäre auch die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung angesagt. Allerdings wird deren Logik fraglich, wenn die Mehrwertsteuererhöhung das Wachstum 2007 wieder unter diese Beschäftigungsschwelle drückt. Die Defizitquote wird 2006 voraussichtlich die Grenze von 3 % unterschreiten und 2007 auf 1,8 % sinken. Das DIW Berlin empfiehlt daher den politischen Entscheidungsträgern, die Geschwindigkeit des Defizitabbaus mittels Steuer- und Abgabenerhöhungen noch einmal zu überdenken.

Dabei kommt es darauf an, die gesamtwirtschaftlich schädlichen Konsequenzen der Mehrwertsteuererhöhung zumindest zu mildern. Dies könnte erreicht werden, indem ein gewichtiger Teil der Mittel für solche Zwecke wieder ausgegeben werden, die das Wirtschaftswachstum begünstigen (und für die

großer Nachholbedarf besteht). Dadurch würde das Haushaltsdefizit im Jahr 2007 nicht so deutlich fallen wie prognostiziert. Ein Defizit in Höhe von etwa 2,5 % wäre ein ausgewogener Konsolidierungsbeitrag, der eine stärkere Belastung der Konjunktur vermied. Vor allem müssen sehr viel mehr Mittel in den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur (Verkehr, Bildung, Wissenschaft) investiert werden. Die Defizite in diesen Feldern bewirken für die deutsche Wirtschaft einen echten und wachsenden Standortnachteil.

Gute Zeiten erhöhen auch den Spielraum für Lohnerhöhungen. Die Zurückhaltung in den Tarifabschlüssen in den vergangenen Jahren wird immer wieder von Teilen der Öffentlichkeit als überzogen oder sogar schädlich für die Entwicklung der Binnennachfrage angesehen. Dabei wird der Umstand in den Hintergrund gedrängt, dass die Arbeitskosten in Deutschland, insbesondere in der Industrie, immer noch zu den höchsten in der Welt zählen. Seit Mitte der 90er Jahre sind freilich die Lohnstückkosten als Folge einer relativ moderaten Lohnpolitik gegenüber anderen Ländern des Euroraums deutlich gesunken. Dies hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Durchschnitt erhöht und Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft geschaffen oder zumindest erhalten. Aus dieser Entwicklung allein ist in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit aber noch keine Begründung für ein Ende der moderaten Lohnpolitik abzuleiten. Aber wegen der andauernden Schwäche der Binnennachfrage – kein anderes wichtiges europäisches Land hatte eine ähnlich moderate Lohnentwicklung zu verzeichnen – scheint jetzt der Zeitpunkt gekommen zu sein, zumindest Tarifabschlüsse in den Sektoren mit hoher Nachfrage weniger restriktiv zu gestalten. Eine Differenzierung der Abschlüsse insbesondere anhand der jeweiligen Produktivitätsentwicklung wäre dabei angebracht.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2006 und 2007

	2005	2006	2007	2006		2007	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige im Inland	-0,2	0,6	0,3	0,1	1,1	1,0	-0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,2	0,4	0,3	-0,3	1,0	0,7	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,6	0,1	0,0	-0,4	0,6	1,4	-1,3
Produktivität ¹	1,5	1,6	1,4	1,7	1,6	0,7	2,1
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,8	1,4	1,4	2,2	2,1	0,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1 332,2	1 363,8	1 400,1	665,0	698,9	683,2	716,8
Konsumausgaben des Staates	417,2	421,2	426,0	205,6	215,7	209,4	216,5
Anlageinvestitionen	384,7	398,8	413,1	186,3	212,5	194,3	218,8
Ausrüstungen	153,9	162,0	171,6	75,4	86,6	80,1	91,4
Bauten	205,6	210,7	214,3	98,4	112,3	101,1	113,2
Sonstige Anlageinvestitionen	25,2	26,1	27,2	12,5	13,6	13,1	14,1
Letzte inländische Verwendung	2 135,3	2 185,5	2 237,2	1 064,4	1 121,1	1 094,5	1 142,7
Exporte	901,7	1 006,5	1 078,7	493,9	512,6	531,6	547,1
Importe	789,6	891,6	941,5	432,4	459,2	457,5	483,9
Bruttoinlandsprodukt	2 247,4	2 300,4	2 374,5	1 125,9	1 174,5	1 168,6	1 205,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1,5	2,4	2,7	2,2	2,5	2,7	2,6
Konsumausgaben des Staates	1,1	1,0	1,1	2,8	-0,7	1,9	0,4
Anlageinvestitionen	-0,1	3,7	3,6	2,7	4,6	4,3	2,9
Ausrüstungen	3,0	5,3	5,9	4,0	6,3	6,3	5,6
Bauten	-2,4	2,5	1,7	1,7	3,2	2,7	0,8
Sonstige Anlageinvestitionen	1,4	3,5	4,2	2,2	4,7	5,1	3,4
Letzte inländische Verwendung	1,4	2,3	2,4	2,7	2,0	2,8	1,9
Exporte	7,0	11,6	7,2	13,4	10,0	7,6	6,7
Importe	7,7	12,9	5,6	16,7	9,6	5,8	5,4
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,4	3,2	2,3	2,5	3,8	2,7
3. Verwendung des realen Inlandsprodukts							
a) Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1 240,8	1 250,0	1 255,3	611,6	638,4	614,8	640,5
Konsumausgaben des Staates	394,1	396,0	398,9	194,1	201,9	195,8	203,1
Anlageinvestitionen	395,9	407,6	419,8	191,0	216,6	197,7	222,1
Ausrüstungen	167,7	176,3	186,1	82,3	94,0	86,9	99,1
Bauten	201,6	204,0	205,6	95,6	108,4	97,2	108,4
Sonstige Anlageinvestitionen	27,5	28,7	30,0	13,8	14,9	14,4	15,6
Letzte inländische Verwendung	2 035,2	2 056,1	2 070,3	1 006,0	1 050,2	1 014,9	1 055,4
Exporte	908,7	1 002,5	1 054,5	493,2	509,3	522,7	531,8
Importe	805,3	881,4	915,8	430,4	451,0	445,9	469,9
Bruttoinlandsprodukt	2 139,8	2 178,6	2 209,7	1 069,2	1 109,4	1 091,6	1 118,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	0,2	0,7	0,4	0,5	1,0	0,5	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,5	0,7	0,6	0,4	0,9	0,6
Anlageinvestitionen	-0,2	3,0	3,0	2,5	3,3	3,5	2,5
Ausrüstungen	4,0	5,1	5,6	4,9	5,3	5,6	5,5
Bauten	-3,4	1,2	0,8	0,7	1,7	1,7	-0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	4,2	4,4	3,5	4,9	4,7	4,2
Letzte inländische Verwendung	0,4	1,0	0,7	1,0	1,1	0,9	0,5
Exporte	6,3	10,3	5,2	12,0	8,7	6,0	4,4
Importe	5,3	9,4	3,9	12,8	6,4	3,6	4,2
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,8	1,4	1,4	2,2	2,1	0,8

nach: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Schätzung und Prognose für die Jahre 2006 und 2007

	2005	2006	2007	2006		2007	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1,3	1,6	2,2	1,7	1,5	2,2	2,2
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,5	0,4	2,2	-1,1	1,0	-0,2
Anlageinvestitionen	0,1	0,7	0,6	0,2	1,2	0,8	0,4
Ausrüstungen	-0,9	0,2	0,3	-0,8	1,0	0,6	0,1
Bauten	1,0	1,3	0,9	1,1	1,5	1,0	0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,4	-0,6	-0,2	-1,2	-0,1	0,4	-0,8
Letzte inländische Verwendung	1,0	1,3	1,7	1,7	0,9	1,9	1,4
Exporte	0,7	1,2	1,9	1,2	1,2	1,6	2,2
Importe	2,2	3,2	1,6	3,5	3,0	2,1	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,5	1,8	0,8	0,2	1,7	1,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Arbeitsentgelte	1 128,8	1 146,9	1 155,0	540,3	606,6	546,5	608,6
Bruttolohn- und -gehaltsumme	908,9	925,2	936,6	434,7	490,5	441,8	494,9
Nettolohn- und -gehaltsumme	599,5	609,1	618,0	283,7	325,3	288,8	329,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	557,0	584,3	618,8	303,2	281,1	326,4	292,4
Volkseinkommen	1 685,8	1 731,2	1 773,8	843,5	887,7	872,8	901,0
Abschreibungen	327,7	330,7	335,8	164,6	166,1	167,3	168,5
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	237,7	242,9	271,4	119,2	123,6	131,6	139,8
Bruttonationaleinkommen	2 251,2	2 304,7	2 381,1	1 127,3	1 177,4	1 171,7	1 209,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Arbeitsentgelte	-0,5	1,6	0,7	0,2	2,9	1,1	0,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	-0,3	1,8	1,2	0,5	3,0	1,6	0,9
Nettolohn- und -gehaltsumme	-0,1	1,6	1,5	0,0	3,0	1,8	1,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	4,9	5,9	8,3	1,4	7,7	4,0
Volkseinkommen	1,7	2,7	2,5	2,9	2,4	3,5	1,5
Abschreibungen	0,4	0,9	1,5	0,4	1,4	1,6	1,5
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	2,8	2,2	11,8	2,6	1,7	10,4	13,1
Bruttonationaleinkommen	1,6	2,4	3,3	2,5	2,2	3,9	2,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	977,3	984,9	993,4	472,6	512,3	477,5	515,9
Nettolohn- und -gehaltsumme	599,5	609,1	618,0	283,7	325,3	288,8	329,1
Monetäre Sozialleistungen ³	459,1	458,1	457,7	230,3	227,8	229,9	227,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	532,8	565,1	604,5	298,7	266,5	322,0	282,4
Sonstige Transfers ⁵	-38,8	-40,0	-41,2	-20,3	-19,7	-21,0	-20,1
Verfügbares Einkommen⁶	1 471,3	1 510,0	1 556,7	750,9	759,1	778,5	778,1
Nachrichtlich:							
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	20,3	21,4	21,6	10,3	11,1	10,1	11,5
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1 332,2	1 363,8	1 400,1	665,0	698,9	683,2	716,8
Sparen	159,5	167,6	178,2	96,2	71,4	105,4	72,8
Sparquote in % ⁷	10,7	11,0	11,3	12,6	9,3	13,4	9,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	-0,2	0,8	0,9	-0,1	1,6	1,1	0,7
Nettolohn- und -gehaltsumme	-0,1	1,6	1,5	0,0	3,0	1,8	1,2
Monetäre Sozialleistungen ³	0,3	-0,2	-0,1	-0,1	-0,3	-0,2	0,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	5,8	6,1	7,0	7,6	4,4	7,8	6,0
Verfügbares Einkommen⁶	1,7	2,6	3,1	2,7	2,5	3,7	2,5
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1,5	2,4	2,7	2,2	2,5	2,7	2,6
Sparen	3,7	5,1	6,3	6,9	2,8	9,6	2,0

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**
Schätzung und Prognose für die Jahre 2006 und 2007

	2005	2006	2007	2006		2007	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	491,1	504,3	538,4	245,9	258,3	261,0	277,4
Sozialbeiträge	396,9	401,1	393,9	194,0	207,2	193,4	200,5
Vermögenseinkommen	13,6	15,0	14,9	8,2	6,8	8,0	6,9
Sonstige Einnahmen ⁹	73,1	69,9	70,6	34,0	35,9	34,4	36,3
Insgesamt	974,8	990,4	1 017,8	482,2	508,2	496,8	521,1
Ausgaben							
Vorleistungen ¹⁰	94,4	96,3	97,7	43,8	52,5	44,6	53,1
Arbeitnehmerentgelte	167,3	165,7	165,4	79,2	86,5	79,0	86,4
Vermögenseinkommen	63,4	64,6	67,0	31,8	32,8	33,0	34,0
Subventionen	27,2	26,8	26,5	13,1	13,7	12,9	13,6
Monetäre Sozialleistungen	430,6	430,9	432,7	216,4	214,5	216,3	216,4
an private Haushalte	425,7	425,9	427,6	213,8	212,0	213,7	213,8
an die übrige Welt	4,9	5,1	5,2	2,5	2,5	2,6	2,6
Sonstige laufende Transfers	36,2	37,0	37,4	19,6	17,4	19,7	17,7
Soziale Sachleistungen	167,5	170,9	174,7	83,8	87,1	85,8	88,8
Vermögenstransfers	34,8	32,5	31,0	18,0	14,5	16,9	14,1
Bruttoinvestitionen	29,2	29,3	30,0	12,9	16,5	13,0	17,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,5	-0,8	-0,5	-0,8
Insgesamt	1 049,2	1 052,8	1 061,1	518,0	534,8	520,7	540,3
Finanzierungssaldo	-74,4	-62,5	-43,2	-35,9	-26,6	-24,0	-19,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	2,1	2,7	6,8	2,4	2,9	6,1	7,4
Sozialbeiträge	0,4	1,1	-1,8	0,4	1,7	-0,3	-3,2
Vermögenseinkommen	13,1	10,3	-0,7	28,3	-5,7	-2,4	1,5
Sonstige Einnahmen ⁹	6,9	-4,3	1,0	-9,1	0,8	1,0	1,0
Insgesamt	1,9	1,6	2,8	1,1	2,1	3,0	2,5
Ausgaben							
Vorleistungen ¹⁰	5,5	2,1	1,4	2,5	1,8	1,7	1,1
Arbeitnehmerentgelte	-0,8	-0,9	-0,2	-0,4	-1,4	-0,2	-0,2
Vermögenseinkommen	0,8	1,9	3,7	2,0	1,8	3,8	3,7
Subventionen	-6,1	-1,4	-1,3	-1,9	-0,9	-1,7	-0,9
Monetäre Sozialleistungen	1,8	0,1	0,4	-0,0	0,2	-0,0	0,9
an private Haushalte	1,9	0,0	0,4	-0,0	0,1	-0,1	0,8
an die übrige Welt	-0,8	3,7	1,8	0,4	7,2	1,6	2,0
Sonstige laufende Transfers	-5,4	2,3	1,1	1,6	3,1	0,8	1,4
Soziale Sachleistungen	2,3	2,0	2,2	1,8	2,3	2,4	2,0
Vermögenstransfers	2,8	-6,6	-4,6	-6,9	-6,3	-6,1	-2,8
Bruttoinvestitionen	-5,1	0,5	2,2	0,1	0,9	1,2	3,1
Insgesamt	1,1	0,3	0,8	0,3	0,4	0,5	1,0

1 Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen.

4 Selbständigeneinkommen/ Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

6 Ausgabenkonzept.

7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen.

10 Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Fünf Fragen an ...

Stefan Bach

Dr. Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin. Er ist der Steuerexperte des Instituts.

Frage: Wie funktioniert das Ehegattensplitting und wer profitiert davon?

Stefan Bach: Beim Ehegattensplitting werden die steuerpflichtigen Einkünfte der Partner zusammengerechnet. Dann wird die Hälfte davon besteuert und anschließend die Steuerbelastung verdoppelt. Es wird also immer so getan, als ob beide Partner genau die Hälfte des gemeinsamen Einkommens verdienen. Dadurch entsteht ein Splittingvorteil gegenüber einer getrennten Besteuerung, je unterschiedlicher die Einkommen der Partner sind und je höher das gemeinsame steuerpflichtige Einkommen ist.

Der Splittingvorteil hängt mit dem progressiven Einkommensteuertarif zusammen. Dabei bleiben Einkommen bis knapp 8000 Euro steuerfrei, das ist der Grundfreibetrag, dann setzt die Steuerbelastung mit 15% ein und steigt steil an bis 42%, die bei gut 52000 Euro erreicht werden. Durch das Splittingverfahren kann ein Alleinverdiener-Ehepaar trotzdem beide Grundfreibeträge in Anspruch nehmen und profitiert zweimal von den niedrigeren Steuersätzen im unteren Einkommensbereich.

Ein Beispiel: Eine Mittelstandsfamilie hat 40000 Euro steuerpflichtiges Einkommen. Nach dem Splittingtarif zahlen die Ehepartner darauf 6010 Euro Lohn- bzw. Einkommensteuer plus Soli. Sind sie nicht verheiratet und verdient nur einer das Geld, dann würde derjenige 9730 Euro Steuer zahlen. Der Besuch beim Standesamt spart also 3700 Euro im Jahr. Durch die scharfe Progression sinkt der Splittingeffekt aber sehr stark, wenn beide Partner Geld verdienen. Schon wenn ein Partner nur 5000 Euro verdient und der andere 35000 Euro, spart man durchs Heiraten nur noch 1850 Euro Steuer, bei 10000 Euro und 30000 Euro spart man nur noch 530 Euro.

Der maximale Splittingvorteil beträgt 8350 Euro und wird erreicht, wenn nur ein Partner ein Einkommen von mehr als 104000 hat. Das ist das Doppelte der Einkommensgrenze, von der ab der Spitzensteuersatz gilt.

Frage: Und wie wirkt sich ein Familiensplitting aus?

Stefan Bach: Dabei wird das Familieneinkommen nicht nur auf die Ehepartner, sondern auch auf die Kinder aufgeteilt. Hat unsere Mittelstandsfamilie mit 40000 Euro Einkommen zwei Kinder, gehen viermal 10000 Euro in den Steuertarif. Gegenüber geltendem Recht bedeutet das eine Steuerersparnis von 4330 Euro. Ein verheirateter Manager mit zwei Kindern und einem Einkommen von 250000 Euro würde sogar 16700 Euro Steuern sparen.

Frage: Das wird aber teuer für Peer Steinbrück?

Stefan Bach: Ziemlich. Der deutsche Staat ist pleite und ein Sanierungsfall, das hat die Bundeskanzlerin inzwischen auch erkannt. Da nicht gespart werden kann oder soll und die maroden Sozialkassen mehr Geld brauchen, will man die Steuern erhöhen und nicht senken. Da ist kein Geld da, um Familien zu entlasten.

Frage: Aber die Franzosen haben doch ein Familiensplitting, können die sich das leisten?

Stefan Bach: Die können sich das leisten, weil sie den Splittingvorteil bei den Kindern deckeln: auf gut 2000 Euro für das erste und zweite und auf 4000 Euro für das dritte und weitere Kinder. Ein solches gedeckeltes Familiensplitting wirkt aber ähnlich wie unser Kinderfreibetrag. Der bringt bei uns für Spitzenverdiener sogar eine Steuerentlastung von 2570 Euro und ist damit günstiger bei ersten und zweiten Kindern. Daher wirkt das französische Modell nicht viel anders als bei uns das Ehegattensplitting in Kombination mit Kindergeld und Kinderfreibetrag, nur dass die Franzosen ab dem dritten Kind deutlich höher fördern.

Frage: Viele wollen das Ehegattensplitting in ein Realsplitting überführen, ist das sinnvoll?

Stefan Bach: Ja, das wäre eine sinnvolle Alternative. Realsplitting heißt, Unterhaltszahlungen kann der Leistende bei seiner Steuererklärung absetzen, und der Empfänger versteuert sie. Das könnte man auch bei der Ehegattenbesteuerung so machen, indem man für den nicht verdienenden Ehepartner einfach einen zweiten Grundfreibetrag gewährt. Dadurch würde das Ehegattensplitting im Grundsatz erhalten, aber hohe Vorteile bei Besserverdienern abgebaut werden. Das könnte 8 bis 9 Mrd. Euro Mehreinnahmen bringen, eventuell etwas weniger, wenn die Ehepaare Einkommen untereinander verschieben, aber es könnte auch mehr werden, weil sich das Arbeiten für viele Hausfrauen und Mütter dann stärker lohnt.

Die Fragen stellte Jörg Schaarschmidt, DIW Berlin

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Wolfgang Keck and Peter Krause

How Does EU Enlargement Affect Social Cohesion?

The enlargement of the European Union in May 2004 by ten new member states bear increasing challenges in creating social cohesion among its citizens and regions. Social cohesion is understood here in a broad sense as a coalescence of European societies in such a way that living conditions and quality of life of its citizens converge. This paper's empirical focus is on the two core life domains that are currently taking centre stage in EU policy debates: (1) employment and working conditions and (2) economic resources and social exclusion. The analyses show that the 15 former member states are converging in terms of living and working conditions and the situation has improved in all of these countries during the 1990s. With the enlargement the situation becomes more diverse in the enlarged EU. In particular the post-socialist countries have to make great efforts to catch up with their EU counterparts. We can identify three emerging clusters of countries that share empirically very similar living standards. The first, wealthy cluster consists of the old northern European member states. The second, intermediary country group contains the most well-off accession countries and the old Mediterranean member countries with a lower living standard. The third, less developed cluster embraces new member states that were former post-communist countries.

Discussion Paper 601

June 2006

Dominika Kalinowska and Hartmut Kuhfeld

Motor Vehicle Use and Travel Behaviour in Germany: Determinants of Car Mileage

In contrast to other countries where official odometer readings are collected when cars are being inspected or whenever there is a change in the registration data, no such information is available in Germany. The published annual figures on mileage of German vehicles result from model calculations, based on different data sources. The last two large surveys on car use were carried out in 1993 and 2002. These data are analyzed to find determinants of car mileage travelled and to check if there was a significant change of average mileage within 10 years. The method used to find determinants of car mileage is a log-linear analysis of variance. In general, average annual mileage for a German passenger car was 13,500 km in 2002, about 5% less than in 1993 (14,200 km per car). When both privately and business owned cars are included in the models, only car-specific characteristics can be used as explanatory variables. In these models there is a high effect of the survey year on the car mileage even if other variables – as car size, car age, and type of engine – are controlled for. However, if we consider private cars only, additional variables of individual users can be included in the models. In addition to engine type, age of car, horsepower, the age and gender of the driver are central variables explaining car mileage. The dummy variable for the year is significant as well, but its effect on average mileage is lower, although, e.g., fuel prices did rise by 50% between 1993 and 2002. Obviously the demographic changes in motorization are dominant, while an effect of fuel price increase is not evident – apart from the trend towards diesel cars. These observations confirm research results, stating that individual preference for car use is a high-level inelastic demand.

Discussion Paper 602

June 2006

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Ulrich Oberndorfer und Viktor Steiner

Generationen- oder Parteienkonflikt? Eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben

In diesem Beitrag wird auf der Basis von Paneldaten für die westdeutschen Bundesländer untersucht, ob und in welchem Maße der demographische Wandel sowie die unterschiedlichen politischen Parteienkonstellationen die Hochschulausgaben auf Länderebene beeinflussen. Wir finden empirische Evidenz für die Hypothese, dass die Hochschulausgaben negativ von der Bevölkerungsalterung abhängen, allerdings hängt dieses Ergebnis von der Spezifikation der Demographie-Variablen ab. In einer Spezifikation finden wir eine statistisch signifikante Elastizität der Hochschulausgaben bezüglich der Bevölkerungsalterung von größer als -1 . Die geschätzten Effekte unterschiedlicher parteipolitische Konstellationen auf die Hochschulausgaben sind robust bezüglich alternativer Schätzverfahren sowie Spezifikationen der Demographie-Variablen. Allerdings entsprechen diese nicht der klassischen Partisanentheorie, nach der Parteien des linken Spektrums zu höheren Staatsausgaben neigen. Nach unseren Schätzergebnissen sind Regierungszeiten mit bürgerlichen Konstellationen sowie der Großen Koalition auf Länderebene mit höheren Hochschulausgaben verbunden als jene von SPD-Alleinregierungen. Hauptgrund hierfür dürfte eine Klientelpolitik der Parteien sein, wenn man unterstellt, dass etwa bürgerliche Parteien ihre Wählerschaft vornehmlich aus den Schichten rekrutieren, die tendenziell hohe Hochschulausgaben unterstützen.

Discussion Paper 603

Juni 2006

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG

Der nächste Wochenbericht erscheint am 19. Juli 2006.

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).